



Sicher. Seite an Seite.

KOMPAKT

Newsletter 04/2022

der

Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP)

Inhalt „auf einen Blick“

- 🕒 Projektstart „InGe“ 2
- 🕒 Gemeinsames Forschungsprojekt mit der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg und dem Landeskriminalamt BW 4
- 🕒 4. MOTRA-Jahreskonferenz in Wiesbaden (MOTRA-K #2023) 5
- 🕒 Forschungsprojekt „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ als Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern 6
- 🕒 Sicherheitsbefragung der Stadt Heilbronn im Sommer 2022 7
- 🕒 Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu): „Frischer Wind in die Innenstädte“ 8
- 🕒 Neuer DIN-Standard vervollständigt Sicherheitspaket zum Schutz öffentlicher Räume und von Veranstaltungen 9
- 🕒 Stadtteilbegehungen als Möglichkeit der Bürgerbeteiligung – Die Erforschung des Sozialraums zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls 11
- 🕒 Subjektive Sicherheit gemeinsam gestalten – Exploratory Walks: Orts- oder Stadtteilbegehungen als Möglichkeit der Bürgerpartizipation 12

Die GeZ KKP informiert mit dem Newsletter „KKP Kompakt“ in unregelmäßigen Abständen über interessante Maßnahmen, Projekte und Termine mit Bezug zur Thematik KKP. Auch nach sorgfältiger Prüfung übernimmt die GeZ KKP keine Haftung für die weitergehenden Links und Informationen. Für deren Inhalte sind ausschließlich die Erstellenden verantwortlich.

Sie haben einen interessanten Beitrag? Wenden Sie sich gerne per E-Mail an uns.

Projektstart „InGe“

Seit dem 01. Oktober 2022 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ das Verbundprojekt „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Akronym: „InGe“)“. Die Förderung wird im Rahmen der Bekanntmachung „Anwender – Innovativ II“ gewährt. Das auf zwei Jahre angelegt Projekt wird von der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) koordiniert. Am 28. Oktober fand hierzu die Kick Off-Veranstaltung in Stuttgart statt, bei der sich alle Projektbeteiligten kennenlernen konnten und ein erster persönlicher Austausch stattfand.

Ziele und Forschungsschwerpunkte:

Ziel des Verbundprojekts ist es, ein neues, softwaregestütztes Instrument zur Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu entwickeln. Damit soll ein umfassender Überblick über Aufkommen und Entwicklung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Baden-Württemberg ermöglicht werden. und die Grundlage geschaffen werden, Übergriffe durchgängig sichtbar zu machen. Das zu entwickelnde Lagebildinstrument soll in der zweiten Hälfte der Projektlaufzeit in der Praxis getestet und formativ evaluiert werden, so dass es möglichst zeitnah nach Projektende in den Wirkbetrieb übergehen könnte.

Verbund- und Projektpartner:

Geleitet wird der Forschungsverbund von der GeZ KKP. Weitere Verbundpartner sind das Centre for Security and Society der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (UFR Css) und die Disy Informationssysteme GmbH.

Der Forschungsverbund arbeitet mit folgenden assoziierten Partnern zusammen:

- Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Zentrum für Sicherheitsforschung)
- Bayerisches Rotes Kreuz
- Beamtenbund Baden-Württemberg
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Bezirk BW)

- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Unfallkasse Baden-Württemberg

Zusätzlich wird das Konsortium von einem Projektbeirat unterstützt, der sich aus insgesamt zehn Mitgliedern unterschiedlicher Institutionen zusammensetzt:

- Gemeindetag BW
- Städtetag BW
- Landkreistag BW
- Landesbeauftragter für den Datenschutz und der Informationsfreiheit
- Eberhard-Karls-Universität Tübingen (Institut für Kriminologie)
- Deutsche Hochschule der Polizei (Projekt Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte)
- Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen (Koordinierungsstelle Präventiv und Offensiv gegen Hasskriminalität, Antisemitismus und Extremismus)
- Justus-Liebig-Universität Gießen
- Regierungspräsidium Karlsruhe
- Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer

Die GeZ KKP richtet für das Forschungsprojekt eine eigene Website ein. Hier werden Sie bald auch weitergehende Informationen zum Forschungsprojekt finden können.

Die Pressemeldung zum Projektstart InGe finden Sie unter:

<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemittteilung/pid/neues-forschungsprojekt-inge>

Weitere Informationen zum Projektträger und zum Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF finden Sie unter folgendem Link:

https://www.sifo.de/sifo/de/home/home_node.html

Gemeinsames Forschungsprojekt mit der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg und dem Landeskriminalamt BW

Studierende und Polizei forschen gemeinsam nach der optimalen Struktur der Kommunalen Kriminalprävention im Landkreis Ravensburg – unter dieser Überschrift führte die GeZ KKP in Zusammenarbeit mit dem LKA BW im Zeitraum von September 2021 bis Januar 2022 erstmalig ein Forschungsprojektskooperationsprojekt mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg durch, bei dem Studierende und Polizei eine möglichst passgenaue Struktur der KKP im Landkreis Ravensburg untersuchten. Ziel war es, auf wissenschaftlicher Grundlage zunächst örtliche Problem-schwerpunkte, Bedarfe, Ressourcen und Strukturen zu erheben und zu analysieren sowie darauf aufbauend ein auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnittenes Konzept zur Implementierung eines KKP-Gremiums zu entwickeln.

Sowohl die wissenschaftliche Erhebung des Ist-Standes als auch die daraus erarbeiteten Umsetzungsempfehlungen sollten die Bedarfsträgerinnen und -träger aus Kommunen und Polizei bei der Weiterentwicklung der KKP im Landkreis Ravensburg unterstützen.

Das Projekt wurde nach einer inhaltlichen Einführung weitgehend in studentischer Selbstverwaltung durchgeführt und durch die GeZ KKP und das LKA BW beratend begleitet. Neben der Auswertung bestehender Verwaltungsdokumente sowie demografischer und kriminalistischer Daten standen methodisch die Erhebung und Analyse mittels leitfadengestützter Experteninterviews im Fokus. Hierfür wurden Verantwortliche und Fachkräfte aus der Kommunalverwaltung, des Polizeipräsidiums Ravensburg sowie Bildungs- und Sozialeinrichtungen und von weiteren relevanten Präventionsakteuren interviewt.

Die aus diesem Projekt gewonnenen Erkenntnisse sollen weiteren Kommunen in Baden-Württemberg zukünftig als Blaupause für eine Forcierung der eigenen KKP-Arbeit dienen. Auch konnten durch das Projekt neue Formen der Kooperation zwischen Verwaltung und Verwaltungshochschulen in Baden-Württemberg getestet werden. Nicht zuletzt bewirkte das Projekt, dass sich 50 angehende Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes vertieft und sowohl wissenschaftlich als auch praxisbezogen mit Bedarfen und Ansätzen der KKP auseinandergesetzt haben. Die angehenden Beamtinnen und Beamten werden nach ihrem Studium voraussichtlich zu einem großen Teil

in kommunalen Ordnungsämtern tätig sein und können so die aus dem Projekt erworbenen fachlichen Kenntnisse in die Fläche tragen.

Das Forschungscooperationsprojekt konnte Ende Januar 2022 abgeschlossen werden. Im Rahmen der virtuellen Abschlussveranstaltung präsentierten die Studierenden ihre zentralen Forschungsergebnisse und stellten sich im Anschluss den vertiefenden Fragen eines breit gefächerten Publikums. (Quelle: GeZ KKP)

Weitergehende Informationen zu grundsätzlichen Beobachtungen sowie Strukturempfehlungen können Sie der Managementfassung des Forschungsprojektes auf unserer Website unter folgendem Link entnehmen:

<https://kkp-bw.de/wp-content/uploads/Managementfassung-Abschlussbericht-RV.pdf>

4. MOTRA-Jahreskonferenz in Wiesbaden (MOTRA-K #2023)

Am 28. Februar und 1. März 2023 findet die 4. MOTRA-Jahreskonferenz unter dem Schwerpunktthema: „Multiple Krisen ... multiple Radikalisierung?“ in Wiesbaden statt.

MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung) ist ein Forschungsverbund im Kontext der zivilen Sicherheitsforschung. Der Verbund widmet sich einerseits einem phänomenübergreifenden Monitoring des Radikalisierungsgeschehens in Deutschland und andererseits einem umfassenden arbeitsfeld- und disziplinübergreifenden Wissens- und Erfahrungsaustausch. Entsprechend werden so auf den jährlich stattfindenden Konferenzen Befunde aus dem MOTRA-Radikalisierungsmonitoring präsentiert und zur Diskussion gestellt. Gleichzeitig wird Institutionen und Projekten aus Wissenschaft, Praxis und Politik Gelegenheit gegeben, ihre Forschungs- und Praxiszugänge sowie Initiativen zum Themenfeld ‚Radikalisierung – Extremismus‘ vorzustellen. Die Konferenz bietet interessiertem Fachpublikum grundsätzlich ein vielfältiges Programm aus Beiträgen der Radikalisierungsforschung und Präventionspraxis.

Weitere Informationen zur MOTRA-K #2023 finden Sie unter folgendem Link:
https://kkp-bw.de/wp-content/uploads/CallforPapers_Motra-K23.pdf

Weitere Infos zum MOTRA-Projekt finden Sie auf deren Website unter folgendem Link:

<https://www.motra.info/>

Forschungsprojekt „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ als Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern

Wie bereits in unseren ersten beiden Newslettern dieses Jahr berichtet, führt das Bundeskriminalamt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund im Rahmen des vom BMBF und BMI geförderten Forschungsprojektes „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ ein Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und -träger durch. Mit diesem kommunalen Monitoring möchten sie allen ehren- und hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landrätinnen und Landräten eine Plattform bieten, sich anonym mitzuteilen und Ihre Erfahrungen mit anderen Amtsträgerinnen und -trägern und Präventionsexpertinnen und -experten zu teilen.

Seit dem 23. November hat nun die dritte Erhebungswelle im Rahmen des Kommunalen Monitorings (KoMo) begonnen. Das Projektteam würde sich sehr freuen, wenn sich hierfür interessierte (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte finden, die bei der jetzigen dritten Erhebungswelle bis zum 31.12.2022 an einer Umfrage teilnehmen würden.

Die Ergebnisse aus der zweiten und dritten Befragungswelle sollen auf der MOTRA-Jahreskonferenz am 28.02 und 01.03.2023 im Rahmen eines Panels vorgestellt werden. (Quelle: MOTRA)

Der ausführliche Ergebnisbericht zur Ersterhebung ist unter folgendem Link abrufbar: https://www.motra.info/wp-content/uploads/2022/11/KoMo_Spotlight-21.pdf

Das Einladungsschreiben, die Kernbefunde aus der Zweiterhebung sowie die Datenschutzhinweise für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Umfrage finden Sie in den folgenden Dokumenten.



A_Einladung zu
Umfrage_KoMo.pdf



B_KoMo_Kernbefun
de aus Frühjahrsbef



C_Datenschutzhinw
eise für Teilnehmeri

Weitere Informationen gibt es über folgende Links:

<https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/aktuelles/kommunales-monitoring-zu-hass-hetze-und-gewalt-gegenueber-amts-und-mandatstraeger-innen-komo-bitte-um-mit-wirkung/>

<https://www.motra.info/radikalisierungsmonitoring/kommunalmonitoring/>

Sicherheitsbefragung der Stadt Heilbronn im Sommer 2022

Im Zeitraum vom 20. Juni 2022 bis zum 15. Juli 2022 wurden in Heilbronn 25.000 zufällig ausgewählte Einwohnerinnen und Einwohner ab 14 Jahren mittels einer Onlinebefragung oder bei Bedarf auch schriftlich oder telefonisch zu ihrem ganz persönlichen subjektiven Sicherheitsgefühl befragt. Das Institut der Kriminologie der Universität Heidelberg erstelle im Auftrag der Stadt Heilbronn einen nach wissenschaftlichen Grundsätzen entworfenen Fragebogen mit 30 Fragen, der an die besonderen Gegebenheiten in Heilbronn angepasst wurde.

Was vermittelt ein Gefühl von Sicherheit innerhalb einer Stadt? Was sind Gründe für Unsicherheiten? Wie ist die persönliche Wahrnehmung zu Sicherheit in der Stadt? – dies waren alles Fragestellungen der repräsentativen Bürgerbefragung, deren Ergebnisse zeigen, dass sich die meisten Heilbronnerinnen und Heilbronner in ihrer Stadt sicher fühlen. Trotz dieser erfreulichen Ergebnisse soll ein Maßnahmenkatalog, der gemeinsam von der Stadt Heilbronn, der Polizei und weiteren externen Akteurinnen und Akteuren erarbeitet wird, Heilbronn zukünftig noch sicherer machen. Eine erste Maßnahme soll 2023 beispielsweise die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes von acht auf zwölf Vollzeitstellen sein.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse finden Sie hier:

<https://www.heilbronn.de/leben/heilbronn-entdecken/sichere-und-saubere-stadt/sicherheitsbefragung.html>

Zum vollständigen Sicherheitsaudit Heilbronn 2022 gelangen Sie hier:

https://www.heilbronn.de/fileadmin/daten/stadtheilbronn/formulare/leben/heilbronn_entdecken/sichere_und_saubere_stadt/Sicherheitsaudit_Heilbronn_2022.pdf

Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu): „Frischer Wind in die Innenstädte“

Die Corona-Pandemie hat die Nutzungsproblematik in Deutschlands Innenstädten häufig noch vergrößert. Deshalb hat sich das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einem interdisziplinären Forschungsprojekt und der daraus folgenden Studie „Frischer Wind in die Innenstädte“ mit der Frage beschäftigt, welche Optionen Kommunen für eine zeitgenössische Gestaltung ihrer Zentren haben. Die Ergebnisse zeigen, dass klassische Nutzungen wie Einkauf und Gastronomie heute und zukünftig nicht mehr reichen.

Sinkende Umsätze im lokalen Einzelhandel, weniger Kundschaft in der City, weiter steigende Gewerbe- und Wohnungsmieten durch eskalierende Energiepreise, mangelnde Aufenthaltsqualität durch Hitze – dies sind nur einige der Auswirkungen, die die Pandemie, der Klimawandel, Onlineshopping und Russlands Angriffskrieg in der Ukraine mit sich bringen. Aber welche Handlungsoptionen haben Kommunen, um in den Stadtzentren Leerstand zu vermeiden, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen und den Innenstadtbesuch langfristig attraktiv zu machen?

Diesen und weiteren Fragen geht das Forschungsteam des Difu in ihrer Publikation nach und liefert damit einen Debattenbeitrag zur künftigen Ausrichtung der Innenstädte. Sie regen zu einer kritischen Reflexion der bisherigen und zukünftigen Innenstadtpraxis an und benennen die dafür notwendigen „Transformationsbausteine“ und möglichen Handlungsoptionen für die Kommunen. (Quelle: DPT)

Weitere Informationen zu ausgewählten Kernaussagen, Empfehlungen und Maßnahmenbeispielen der Difu-Studie finden Sie in der Pressemitteilung auf der Website des Difu unter folgendem Link:

<https://difu.de/presse/pressemitteilungen/2022-10-06/nutzungsvielfalt-bringt-frischen-wind-in-die-innenstaedte>

Die Publikation der Studie können Sie unter folgendem Link kostenfrei downloaden:

<https://difu.de/publikationen/2022/frischer-wind-in-die-innenstaedte>

Neuer DIN-Standard vervollständigt Sicherheitspaket zum Schutz öffentlicher Räume und von Veranstaltungen

Obwohl die Corona-Pandemie noch nicht gänzlich durchgestanden ist, finden wieder regelmäßig Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen statt. Seitdem rückt auch das Thema Sicherheit von öffentlichen Räumen und der Schutz vor Angriffen mit Fahrzeugen wieder in den Vordergrund, wofür Veranstaltende und Genehmigungsbehörden die Verantwortung tragen. Wenn Autos und Lastwagen zu Waffen werden, können Fahrzeugsicherheitsbarrieren Schutz bieten. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu sogenannten „Überfahrtaten“ mit zahlreichen Verletzten und Toten, wie beispielsweise in Nizza, Trier oder Berlin, bei denen Täter Fahrzeuge nutzten, um willentlich in Menschenmengen hineinzufahren. Um öffentliche Plätze und Veranstaltungsräume zukünftig besser gegen diese Angriffe schützen zu können, wurde nach der erfolgreichen Veröffentlichung der DIN SPEC (PAS) 91414-1 „Mobile Fahrzeugsicherheitsbarrieren für Sicherheitsanforderungen – Teil 1: Anforderungen, Prüfmethode und Leistungskriterien“ im Jahr 2021, nun mit der DIN SPEC 91414-2 „Anforderungen an die Planung für den Zufahrtsschutz zur Verwendung von geprüften Fahrzeugsicherheitsbarrieren“ Teil 2 des DIN-Standards 91414 veröffentlicht. Mit dieser Veröffentlichung ist das vierteilige Sicherheitspaket für Kommunen zum Schutz vor Überfahrtaten, das im Rahmen eines Forschungsprojektes vom Bundesministerium des Inneren und für Heimat gefördert wurde, nun komplettiert.

Hinzu kommen die Handreichung der Polizei „Schutz vor Überfahrtaten – ein Leitfaden für Kommunalverantwortliche“ sowie eine nur über die Polizei zu beziehende Produktliste.

Unter der Verantwortung der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus - Senftenberg erarbeiteten zwei Konsortien mit Vertreterinnen und Vertretern von Behörden, Kommunen, Herstellern, Testinstituten, Universitäten und Hochschulen die beiden Regelwerke beim Deutschen Institut für Normung e. V.

Der aktuelle DIN Standard beschreibt zunächst die Anforderungen an ein Zufahrtsschutzkonzept bezüglich Qualifikation, Geheimhaltung und Sicherheit und geht auch auf die Vorbereitungen ein. Die Schwerpunktthemen liegen beim Aufbau eines Sicherungskonzepts (Risikobewertung, Schutzziel, Schwachstellenanalyse, empfohlene Sicherungsmaßnahmen) sowie der Stufung und Dokumentation von Sicherheitsmaßnahmen. Eine weitere Herausforderung dabei ist, den Schutz möglichst unauffällig ins Stadtbild zu integrieren und zugleich maximale Sicherheit zu bieten.

Kommunalen Entscheidungsträgern und Sicherheitsverantwortlichen dient dieser Standard ab sofort als nützliche Orientierungshilfe beim Erstellen eines Zufahrtsschutzkonzepts für Veranstaltungen. (Quelle: Brandenburgische Technische Universität Cottbus - Senftenberg)

Die Teile 1 und 2 der DIN SPEC 91414 stehen beim Beuth Verlag kostenlos zum Download zur Verfügung: <https://www.beuth.de>

Die Handreichung der Polizei steht in deren Medienangebot kostenlos unter folgendem Link zum Download bereit: <https://www.polizei-beratung.de/medienangebot/detail/306-schutz-vor-ueberfahrtaten/>

Weitere allgemeine Informationen zum Sicherheitspakt finden Sie unter folgendem Link: <https://www.b-tu.de/kriminalpraevention>



*Auf einer Crashtest-Anlage werden die Wirkungen der Sicherheitsmaßnahmen getestet.
(Quelle: Schürmann)*

Die Initiatoren des Sicherheitspakts sind die ehemaligen Kriminalbeamten Schürmann und Weicht. Als Arbeitsgemeinschaft Bauliche Kriminalprävention (AG BauKP – info@agbaukp.de) entwickeln sie Zufahrtsschutzkonzepte sowie Sicherheitskonzepte zur Prävention extremer Gewalttaten wie Amok und Terror. Am Lehrstuhl für Architektur und Visualisierung der BTU Cottbus Senftenberg leiten sie als freie Mitarbeiter den Forschungsbereich „Angewandte Kriminalprävention und wissenschaftliche Begleitforschung“. Themenschwerpunkte sind die Prävention lebensbedrohlicher Gewalttaten, Verhalten bei Amok und Terror sowie Warnung der Bevölkerung vor lebensbedrohlichen Extremsituationen. Die Entwicklung von Maßnahmen städtebaulicher Kriminalprävention und Initiativen zu kriminalpräventivem Produktdesign und stadtbildverträglichen Sicherheitsmaßnahmen nehmen direkten Bezug zur Architektur.

Stadtteilbegehungen als Möglichkeit der Bürgerbeteiligung – Die Erforschung des Sozialraums zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls

Herr Dr. Egon Wachter, Kriminaldirektor und seit 2008 Leiter der Fachgruppe Kriminologie und Soziologie an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPol BW) und Ellena Krämer, Diplom-Kommunikationsdesignerin, Fachkraft für Kriminalprävention und Mitarbeiterin im Referat Sicherheit, Ordnung und Sport in der KKP der Stadtverwaltung Stuttgart, veröffentlichten 2019 einen Artikel im Magazin „Transforming Cities“. Dieses Fachmagazin informiert Führungskräfte und ein Fachpublikum vierteljährlich branchenübergreifend über Perspektiven, Entwicklungen und Hintergründe der Veränderungen in urbanen Regionen und deren Einzugsgebieten. Dieser Beitrag diskutiert das Thema Stadtteilbegehungen als Möglichkeit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung ihres Sozial- und Wohnraums. Wachter und Krämer beschreiben in ihrer Publikation den unterschiedlichen Nutzen von Stadtteilbegehungen und veranschaulichen die praktische Durchführung anhand verschiedener Zielgruppen. Der Artikel geht außerdem auf Erfahrungen im Zusammenhang mit dieser Form der Bürgerbeteiligung ein und diskutiert die Frage, inwieweit sich diese bereits in den Kommunen etabliert hat. (Quelle: Dr. Egon Wachter und Ellena Krämer; Kontakt: EgonWachter@hfpol-bw.de, ellena.kraemer@stuttgart.de)



Poster Stadtteilbegehungen (Quelle: Ellena Krämer)

Der Artikel ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://kkp-bw.de/wp-content/uploads/Transforming-Cities-Egon-Ellena-Beitrag.pdf>

🌀 Subjektive Sicherheit gemeinsam gestalten – Exploratory Walks: Orts- oder Stadtteilbegehungen als Möglichkeit der Bürgerpartizipation

Im Jahr 2019 ist in der Zeitschrift „BWGZ – Die Gemeinde“, die vom Gemeindetag Baden-Württemberg knapp zweimal im Monat veröffentlicht wird und eine der führenden Fachzeitschriften für kommunalpolitische Themen in Baden-Württemberg ist, ein weiterer Artikel von Herrn Dr. Egon Wachter (Kriminaldirektor und seit 2008 Leiter der Fachgruppe Kriminologie und Soziologie an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPol BW)) und Frau Ellena Krämer (Diplom-Kommunikationsdesignerin, Fachkraft für Kriminalprävention und Mitarbeiterin im Referat Sicherheit, Ordnung und Sport in der KKP der Stadtverwaltung Stuttgart) zum Thema Stadtteilbegehungen erschienen. Der Beitrag enthält Studienergebnisse einer an alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg gerichteten Umfrage der HfPol BW und geht dabei u. a. den Fragen nach, welche Funktionen Stadtteilbegehungen erfüllen können und

welche Zielgruppen für die Durchführung geeignet sind. Zusätzlich wird von praktischen Erfahrungen einiger befragten Kommunen in Baden-Württemberg mit dieser Methode berichtet. (Quelle: Dr. Egon Wachter und Ellena Krämer;
Kontakt: EgonWachter@hfpol-bw.de, ellena.kraemer@stuttgart.de)

Der Artikel ist unter folgendem Link abrufbar:

https://kkp-bw.de/wp-content/uploads/Die-Gemeinde_-Staedte-und-Gemeinden-Bei-trag-Ellena-Ego.pdf